Bisexuellen Journal - BiJou

1. Mangelnde Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema.
Wie wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?
2. Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere, dabei trägt ein Coming-out deutlich zur Zufriedenheit bei. In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus.
Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?
3. Auch Teenager, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen.
Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%).
Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen?
Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Gemeinsame Antwort auf die Fragen 1, 2 und 3:
Akzeptanz von verschiedenen Lebensentwürfen muss aktiv gefördert werden. Nur dann können Menschen jeden Alters so frei leben, dass sie keinerlei Befürchtung haben, dazu zu stehen, wer sie sind und was sie ausmacht.
Diese Akzeptanzförderung ist auch eine politische Aufgabe und geht einher mit Anti-Diskriminierungsarbeit und effektivem Minderheitenschutz. Wir konnten in den letzten fünf Jahren in Sachsen endlich genau diesen Prozess anstoßen und glücklicherweise Schritte schaffen, die einige Verbände und Akteure kaum erwartet hatten – zu groß war (und ist teilweise bis heute) der Widerstand der sächsischen CDU. Genau deswegen war es aber unheimlich wichtig, dass wir eine Antidiskriminierungsstrategie und einen Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen auflegen konnten und eine Arbeitsstruktur dazu, wie Antidiskriminierungs-Büro.

Unser Ziel ist nicht nur, diese Strategien und Aktionspläne weiterzuentwickeln, sondern auch ein Landesantidiskriminierungsgesetz zu erarbeiten. Das soll vor allem die Lücken schließen, die das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ der Bundesebene gelassen hat. Natürlich sind in die Erarbeitung auch die Evaluationen des AGG einzubeziehen.

Wer politisch ehrlich ist, muss aber auch diesen Gedanken in Bezug auf zukünftige Gelder mit angeben: Welche Gelder zur Verfügung gestellt werden, das bestimmt das Parlament im Ganzen in einem umfassenden Haushaltsprozess. Eine konkrete Höhe versprechen kann niemand, denn ein Haushalt wird immer in Abwägung aller Interessen erstellt. Das Ziel für uns

ist aber auf jeden Fall, in den künftigen Jahren die Mittel mindestens im gleichen Maße bereitzustellen.

> 4. Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr Aufklärung über Bisexualität in der Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang komplett verschwiegen.
> In Sachsen gibt es seit 2017 einen „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen". Die hierin zu findende Definition von „bisexuell" ist nicht anerkannt: Bisexuell nennt man Menschen, die sich sexuell und/oder romantisch zu mehr als einem Geschlecht hingezogen fühlen.
> Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Im neuen Schulgesetz haben wir den „Erziehungs- und Bildungsauftrag" der Schule angepasst und auch mit dem Thema „Vielfalt" modernisiert. Im Konkreten konnten wir außerdem den bis dahin sehr starren Familienbegriff weiten. Das war auch die Grundlage für den „Orientierungsrahmen für die Familien- und Sexualerziehung an sächsischen Schulen", der modern ist und Standards, auch für Lehrmaterialien, festlegt, die an sächsischen Schulen gelten sollen. Dieser Rahmen ist wichtig, denn er legt die Grundlage, was und wie an unseren Schulen unterrichtet wird. Er muss gemeinsam mit den Schulen umgesetzt werden.

> 5. Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „Besorgte Eltern", die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen. Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör
> Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.
> Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten Kräften wie den „Besorgten Eltern"?

Hier gilt, wie oben bereits ausgeführt: Im neuen Schulgesetz haben wir den „Erziehungs- und Bildungsauftrag" der Schule angepasst und auch mit dem Thema „Vielfalt" modernisiert. Im Konkreten konnten wir außerdem den bis dahin sehr starren Familienbegriff weiten. Das war auch die Grundlage für den „Orientierungsrahmen für die Familien- und Sexualerziehung an sächsischen Schulen", der modern ist und Standards, auch für Lehrmaterialien, festlegt, die an sächsischen Schulen gelten sollen. Dieser Rahmen ist wichtig, denn er legt die Grundlage, was und wie an unseren Schulen unterrichtet wird. Er muss gemeinsam mit den Schulen umgesetzt werden.

Die Befürchtung bestand, dass Gruppierungen und Vereine, die etwa Homosexualität für „heilbar" halten, an sächsischen Schulen sich über Workshops einschleichen könnten. Das können wir aber ausschließen bzw. verhindern mit den Regeln, die aufgestellt wurden. Um an

sächsischen Schulen Workshops durchführen zu können, muss der entsprechende Workshop-Ausrichter unseren festgelegten Standards, auch denen des „Orientierungsrahmens für die Familien- und Sexualerziehung an sächsischen Schulen“, entsprechen. Das sind die gezogenen Grenzen.

Unsere Position ist dazu klar. Dafür möchten wir gerne unsere Antwort auf Wahlprüfsteinfragen des Vereins „Demo für alle“ wiedergeben: „Wir möchten Ihnen gerne auf Ihren Wahlprüfstein in dieser grundlegenden Weise antworten, da wir ausgehend von den bisherigen Aktionen und Positionen des Bündnisses „Demo für alle“ und den gestellten Fragen grundlegende Unterschiede in Familien- und Weltbildern feststellen müssen.

Familie ist für uns dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Kinder brauchen vor allem Zuwendung und Liebe, um gut aufwachsen zu können. Unsere Gesellschaft entwickelt sich. Menschen können sich endlich entfalten, die lange versteckt und teils unter Strafandrohung leben mussten, nur weil sie einen anderen Menschen des gleichen Geschlechts geliebt haben. Diese Freiheit tut nicht nur den einzelnen Menschen gut, sondern auch uns als Gesellschaft im Ganzen, das ist unsere Überzeugung.

Kinder kommen damit in Kontakt, dass Menschen unterschiedlich sind und sie sollten wissen, dass sie das glücklicherweise auch sein dürfen. Keine Ablehnung wegen sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität sollte jugendliche Leben zerstören oder auch Freundschaften unmöglich machen. Die Schule ist für uns ein Ort, der jungen Menschen einen wachen und offenen Blick auf die Welt und unsere Gesellschaft ermöglicht.

In was für einer Welt unsere Kinder künftig leben, hängt von uns ab. Wie sie darin leben werden, von ihnen selbst. Wir – als Eltern und als Gesellschaft – haben eine gemeinsame Aufgabe: Unsere Kinder mit allem, was sie für ein gutes Leben brauchen, auszurüsten. Das bedarf Zuwendung und Geborgenheit, Anregung, Erziehung und Lehre, nicht zuletzt Vorbild, Inspiration und Raum zur Selbstbestimmung.

Wie Menschen aufwachsen, prägt ihre Persönlichkeit. Die in unserer Kindheit gemachten Erfahrungen, erlernten Fähigkeiten und die erhaltene Zuwendung sind das Fundament, auf dem wir stehen. Und von dem aus wir uns ein Leben lang weiterentwickeln. Für die Zukunft unserer Gesellschaft ist es also von immenser Bedeutung, wie unsere Kinder aufwachsen. Deshalb weisen wir die Verantwortung dafür nicht allein den Eltern zu, wie es konservative Politik und Sie tun. Wir alle als Gemeinschaft tragen Verantwortung für das Leben und die Zukunft unserer Kinder.

„Um ein Kind aufzuziehen, braucht es ein ganzes Dorf“, sagt das berühmte afrikanische Sprichwort nicht umsonst. In unserer heutigen Welt sind soziale Einrichtungen dieses Dorf: Hebammen, die Gesundheitsfürsorge und die Familienberatung sorgen dafür, dass der Start ins Leben gelingt. Kinderkrippen und Kindergärten bieten ein geborgenes Umfeld, um die Welt zu erkunden und den Umgang mit anderen Kindern zu erfahren. Unsere Schulen und Horte vermitteln Fähigkeiten, Wissen und Werte. In den Berufsschulen und Hochschulen eignen sich junge Menschen Kompetenzen für die Arbeitswelt an. Und Einrichtungen und Angebote der Jugendhilfe laden zur Auseinandersetzung mit sich selbst und anderen Menschen ein. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Wir wollen eine Gesellschaft, die an all diesen Stellen ihr Bestes tut, um Kindern eine gute Zukunft zu ermöglichen.

Anderen Menschen Freiheiten und Rechte verweigern und aberkennen wollen, das ist nicht unser Weg. Kinder sollen frei und unbeschwert aufwachsen und dabei die Welt in ihrer Vielfalt kennenlernen können. Wir haben in den vergangenen Jahren für all das viel Arbeit geleistet und werden das auch in Zukunft tun.“

> 6. In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein Initiative zu bisexueller Sichtbarkeit: Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Ihr Bundesland vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Wir wollen unseren Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen gemeinsam mit den relevanten Akteuren weiterentwickeln und gemeinsam weitere Schwerpunkte setzen. Diese können selbstverständlich auch im benannten Feld liegen.

> 7. Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.
> Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Bisexualität an den Universitäten?
> Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung?
> Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Wir werden weiterhin mit den Akteuren der Antidiskriminierungsarbeit in Sachsen zusammenarbeiten. Dazu sind Studien ein Weg, um gerade in bisher noch in weiten Teilen im Dunkelfeld liegenden Bereichen wichtige Informationen zu gewinnen. Diskriminierung umfasst viele Phänomenbereiche. Mögliche weitere Schwerpunkte, auch in der Weiterentwicklung unseres Landesaktionsplans zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen, wollen wir gemeinsam mit den Akteuren der sächsischen Antidiskriminierungsarbeit bestimmen.

> 8. Auch in der Politik äußern sich Politiker_innen LSBTI*-feindlich
> Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Strafrechtlich relevante Aussagen müssen auch als solche verfolgt werden. Ansonsten gilt für uns: gegenhalten, nicht ignorieren. Dass solche Aussagen nicht für voll genommen und auch durch Wähler*innen abgestraft werden, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten in und außerhalb der Parlamente so gut wir können unterstützen und auch in Zukunft unterstützen werden. Dafür wollen wir v. a. die in den vorhergehenden Fragen benannte Antidiskriminierungsarbeit fortsetzen und ausbauen.

> 9. Gewalt ist immer zu verachten, aber Hasskriminalität ist eine besonders zu verachtende Straftat.
> Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Neben den schon benannten Maßnahmen und Wegen, um die Akzeptanz von Vielfalt zu verbessern, wollen wir auch in der Arbeit im Umgang mit Gewalt gegen LSBTTIQ Verbesserungen erreichen. Dazu gehört bspw., dass es Ansprechpersonen in der Polizei geben soll, die sich auch für LSBTTIQ verantwortlich fühlen und dafür qualifiziert sind. Da Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen gerade über neue Opferschutzbeauftragte speziell aufgenommen werden, könnte man auch hier andocken.
Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Formen der Hasskriminalität gegen LSBTTIQ gesondert ausgewiesen werden, um auch hier ein realistisches Bild zu zeichnen. Die jüngst in Sachsen veröffentlichte Studie bestätigte ein großes Dunkelfeld in diesem Bereich der Hasskriminalität.

> 10. Beim Blutspenden werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.
> Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegelungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Pauschale Ausschlüsse halten wir nicht für vertretbar. Nach den ersten kleinen Verbesserungen in den vergangenen Jahren setzen wir uns weiter für die Überprüfung und Anpassung dieser Praxis ein.

> 11. Das Transsexuellengesetz betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden.
>
> Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden?
> Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

Der Landesaktionsplan für die Vielfalt von Lebensentwürfen war ein erster wichtiger Schritt bei der Schaffung eines Problembewusstseins in der Landespolitik für die Lebensumstände und

Bedürfnisse von LSBTTIQ im Freistaat. Wir wollen den bestehenden Aktionsplan evaluieren und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Wir brauchen einen Landesaktionsplan 2.0. Dazu gehört auch die Berücksichtigung von trans* und intergeschlechtlichen Menschen.

Darüber hinaus brauchen wir für progressive Politik natürlich progressive Mehrheiten. Dafür müssen wir alle gemeinsam arbeiten und den bisher v. a. für die Community harten Weg des Kampfes nach Akzeptanz zusammen weitergehen.

12. Selbst der derzeitige Ministerpräsident Kretschmer bestätigt, dass Rechtsextremismus das größte Problem Sachsens sei. Es bleibt aber die Frage, warum bislang nichts Wirksames unternommen wird.
Was tun Sie dafür, dass die Stimmung in Sachsen wieder positiver wird?
Was tun Sie dafür, dass rechtsextreme Aufmärsche verboten werden?
Was tun Sie dafür, dass rechtsextreme Einflussnahmen eingeschränkt werden?

Die Bekämpfung rechtsextremistischer Straftaten und die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Homophobie, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine Daueraufgabe in unserer demokratischen Gesellschaft. Die Stärkung demokratischer Grundwerte ist nichts, das sich durch Projekte abschließen lässt. In einer offenen, demokratischen Gesellschaft wird es immer wieder neue und sich verändernde Gefährdungen der Demokratie geben. Das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ wurde maßgeblich durch die SPD initiiert, aufgebaut und in dieser Legislaturperiode auch finanziell deutlich ausgebaut. Deswegen werden wir es selbstverständlich weiterführen und auch intensiveren. Wir haben mit der Weiterentwicklung des Programms Weltoffenes Sachsen eine mehrjährige, verbindliche Demokratieförderung ermöglicht, um die Finanzierung einer aktiven und demokratischen Zivilgesellschaft unabhängig von Legislaturperioden dauerhaft abzusichern. Wir wollen das Landesdemokratiezentrum und das Programm Weltoffenes Sachsen auf eine stabile gesetzliche Grundlage stellen, um die mehrjährige Finanzierung und eine Mindestförderhöhe verbindlich festzuschreiben. In die Entwicklung und Fortschreibung von Programmen zur Demokratieförderung wollen wir die Erfahrungen der unterschiedlichen Netzwerke und Träger auch weiterhin einbeziehen und sie in Beiräten und Gremien an der Durchführung beteiligen. Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf schlanke Regelungen, die einen Abbau von Bürokratie ermöglichen, denn auch hier gilt unser Grundsatz des Vertrauens bei der Zusammenarbeit. Die jährliche Mindestfördersumme für das Programm Weltoffenes Sachsen werden wir ab dem Jahr 2021 weiter erhöhen.

Mit der Bildung des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismusabwehrzentrums (PTAZ) und der staatsanwaltschaftlichen Zentralstelle Extremismus in Sachsen (ZESA) haben wir in unserem Land eine effektive Struktur für die Bekämpfung rechtsextremistischer Hass- und Gewaltdelikte geschaffen. Es muss gesichert werden, dass für die Verfolgung rechtsextremistisch motivierter Kriminalität dauerhaft genügend und gut ausgebildetes Personal zur Verfügung steht. Ein wichtiges Ziel der nächsten Jahre ist darüber hinaus die

Entwaffnung der extremen Rechten und der Reichsbürgerbewegung sowie die Verstärkung der Internetaufklärung im rechtsextremen Phänomenbereich.

Die zuletzt deutlich gewordenen Anstiege demokratiefeindlicher Phänomene wie Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind schon lange keine lokal begrenzten und schon gar kein reinen Ost-Probleme. Rechtsradikale Strukturen sind in ganz Deutschland aktiv und teilweise international vernetzt. Neue Medien und Online-Netzwerke helfen zudem, gezielt falsche Meldungen grenzenlos zu verbreiten, die Radikalisierung zu fördern und die Strukturen auszudehnen. Dem können wir nicht allein in Sachsen begegnen. Wir brauchen bundesweite Programme zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Als essenzielle Grundlage dafür fordern wir ein Demokratiefördergesetz, in dem die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in den Bereichen der Demokratieförderung und Extremismusprävention langfristig und verlässlich festgelegt wird. Sollte der Bund ein solches Gesetz nicht auf den Weg bringen oder sollte ein solches Gesetz keine ausreichende Wirkung in Sachsen erzielen, werden wir ein eigenes sächsisches Demokratiefördergesetz beschließen.

Auch der sächsische Verfassungsschutz muss seinen Beitrag zur Ermittlung, Aufdeckung und Bekämpfung rechtsradikaler, rechtsterroristischer und demokratiefeindlicher Netzwerke und Strukturen leisten. Gerade im Nachgang zum NSU-Komplex müssen die begangenen Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit weiterhin schonungslos aufgearbeitet und in Zukunft sichergestellt werden, dass die sächsischen Behörden Rechtsterrorismus und die Gefahren, die von ihm und weiterhin bestehenden Netzwerken ausgehen, konsequent ermitteln und verfolgen. Die Stärkung des bundesweiten Verfassungsschutzverbundes und die Einrichtung der Polizeilichen und Nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestellen PIAS und NIAS kann zu einer bundesländerübergreifenden frühzeitigen Abwehr rechtsradikaler Gefahren beitragen. Die Öffnung des Landesamts für Verfassungsschutz gegenüber Kommunen und Institutionen der Zivilgesellschaft halten wir für elementar. Außerdem wollen wir mit der Stärkung von parlamentarischer Kontrolle sowie größerer Transparenz zu einer sinnvollen Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden, Parlament und Zivilgesellschaft beitragen.

> 13. Der Klimawandel ist wissenschaftlicher Konsens. Und dennoch gibt es Parteien die dies ignorieren oder gar bestreiten. Aber auch die anderen Parteien ergreifen keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von den vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen.
> Warum wird der Rat von Klimaforschenden nicht ernstgenommen?
> Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird.

Wir würden uns bei der Antwort gerne darauf beschränken, welche klima- und umweltpolitischen Schwerpunkte wir für die kommenden Jahre sehen.
Eine Aufgabe wird sein, die Energiewende zu gestalten. Dafür wollen wir u. a. bis vollständig „erneuerbar“ im Jahr 2050 sein, die Erneuerbaren Energien dafür ausbauen,

Energiespeicherung auf ein neues Niveau heben, energieeffizient bauen und sanieren, energieeffiziente Mobilität befördern und auf eine CO2-neutrale Energiepolitik hinarbeiten. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist für die heutige wie für künftige Generationen gleichermaßen wichtig. Die Qualität unserer Böden, unserer Wälder, Wiesen und Gewässer hat nicht nur Einfluss auf die landwirtschaftliche Nutzbarkeit, sondern auch auf die Güte unseres Trinkwassers, auf die landschaftliche Entwicklung und damit die touristische Attraktivität unserer Regionen, auf die Vielfalt im Tier- und Pflanzenreich und auf unsere Lebensqualität. Mit diesen Schätzen müssen wir in Zukunft sorgsamer umgehen, damit unsere Kinder und Enkel auch in Zukunft ein gutes Leben führen können. Dafür wollen wir die biologische Vielfalt fördern, den Flächenverbrauch verringern, Ausgleichsmaßnahmen intensivieren, naturnahes Flächenrecycling stärken, den Sächsischen Biotopverbund ausweiten, ein landeseigenes Naturschutzprogramm einrichten, den ehrenamtlichen Naturschutz stärken, die Umweltbildung verbessern und Umweltgerechtigkeit schaffen.